

I.

Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik

Udo Bullmann

Neokonservative Modernisierung und lokale Alternativen

1. Massenarbeitslosigkeit und Modernisierungspolitik — wohin steuern die Konservativen?

Auch nach inzwischen mehr als 10-jähriger Dauer ist ein Ende der Beschäftigungskrise in der Bundesrepublik keineswegs abzusehen. Modellrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gehen in der (»mittleren«) Entwicklungsvariante, die von den Autoren als die wahrscheinlichste angesehen wird, noch für das Jahr 2000 von ca. 3,2 Millionen Erwerbslosen (incl. »stiller Reserve«) aus (vgl. W. Klauder u.a. 1985). Wissenschaftler des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB halten diese Prognose in vielerlei Hinsicht noch für zu optimistisch und siedeln das zu erwartende Niveau von Arbeitslosigkeit weitaus höher an (C. Schäfer 1986). Wird regierungsamtlich noch die wirksame Bekämpfung des Problems propagiert, so haben sich neokonservative Zukunftsentwürfe offenbar längst auf seine Dauerhaftigkeit eingestellt. So hält etwa der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Kurt Biedenkopf, einen deutlichen Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch privatwirtschaftliche Wachstumsförderung auf dem Hintergrund der fortschreitenden Einführung arbeitssparender Technologien für unrealistisch (Biedenkopf 1985, 281; vgl. auch Späth 1985, 220). Im Umgang mit diesem Befund zeigt sich seine »neue Sicht der Dinge« allerdings durchweg alter Dogmatik verhaftet. »Die gegenwärtige Beschäftigungskrise ist keine Krise des produktiven Kerns unserer Gesellschaft, das heißt der Wirtschaft im engeren Sinne« (ebd.). Zentrale politische Aufgabe ist es so auch nicht, die brachliegenden Ressourcen menschlicher Phantasie und Arbeitskraft für die Felder gesellschaftlichen Bedarfs zu mobilisieren und eine bewußtere Gestaltung von ökonomischen und technologischen Entwicklungen zu versuchen. Gefragt sind vielmehr besondere Leistungen »im Bereich der politischen Führung einer demokratischen Industriegesellschaft und der Führung der gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen« (Biedenkopf 1985, 45). Hier gilt es, eine Renaissance ordnungspolitischen Denkens einzuleiten, durch

die die Marktwirtschaft (»soziales Urphänomen«) von falschen Interventionen befreit und die Anpassung »überholter« und »verkrusteter« gesellschaftlicher Organisationsstrukturen (insbesondere des Arbeitsmarktes) an die veränderte Situation vollzogen werden kann.

»Neu« scheint an der aktuellen konservativen Debatte um Arbeitslosigkeit und gesellschaftlichen Wandel so auch weniger das empfohlene Instrumentarium als die relativ offene Ausformulierung der Zielperspektiven zu sein. »Neoklassische« Vorschläge wie die Deregulation arbeitsrechtlicher Beziehungen, die Entlastung der Unternehmen von den Kosten der sozialen Sicherung oder eine umfassende Privatisierung der Daseinsvorsorge im Zuge staatlicher Austeritätspolitik werden kaum noch als Maßnahmen zu einer ernsthaften Minderung der Erwerbslosigkeit präsentiert. Sie sind vielmehr konstitutive Bestandteile eines neokonservativen Modernisierungskonzepts¹, mit dem jenseits der Erwartung von Vollbeschäftigung und dauerhaft hohen Wachstumsraten ein nachhaltiger Umbau der Gesellschaft in sozialstruktureller, technologischer und politisch-ideologischer Hinsicht erwirkt werden soll.

Protagonisten des konservativen Lagers sehen sich gegenwärtig an der Schwelle zu einer neuen Zeit, mit der die »sozialdemokratische Epoche der Massen« zu Ende geht (Genscher 1985). Wird diese Phase mit »standardisierter Massenproduktion«, »Massenmedien, die zur gleichen Stunde die gleichen Programme an Millionen von Fernsehzuschauer senden« und einer vereinheitlichten Lebensweise »außengeleiteter Menschen« identifiziert, so soll die heute einsetzende »Ent-Massung« eine »individualisierte Produktion« ermöglichen, für den Aufbau einer »freien Kommunikationsgesellschaft« sorgen und mit einer »Bildungspolitik Schluß machen, die die Begabungsunterschiede unter den Menschen nicht wahr haben« will (ebd.). Hinter diesem propagandistisch aufbereiteten Entwurf einer individualisierten Zukunftsgesellschaft zeigt sich jedoch schnell der harte Kern des zugrundeliegenden Politikkonzepts. In den neokonservativen Modernisierungsstrategien der Späth, Biedenkopf und Genscher verbindet sich eine kapitalrationale Wirtschafts- und Technologieförderung mit dem Versuch, durch den Abbau sozialstaatlicher Leistungen und Schutzbestimmungen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der gegenwärtigen Umbruchphase auf lange Sicht zu verschieben.

Ökonomisch und technologisch zielt das konservative Modernisierungskonzept auf eine forcierte Entwicklung und Diffusion neuer Technologien. Mit neuen Hochtechnologieprodukten soll es bundesdeutschem Kapital gelingen, in der Auseinandersetzung mit den Weltmarktkonkurrenten erfolgreich zu bestehen und der Republik den Anschluß an die »dritte industrielle Revolution« (Esser/Hirsch 1984) zu sichern. Unter dem Schlagwort der »Informationsgesellschaft« geht es um ein Vordringen in Anlagefelder, die

der Kapitalverwertung bislang noch unzugänglich waren. Insbesondere die Ausbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechniken verspricht, alle Lebensbereiche der Rationalisierung und Kommerzialisierung zu erschließen. Im Unterschied zu rein marktradikalen Positionen sollen im »neuen technokratischen Konservatismus« (Saage 1985) die Handlungsmöglichkeiten aller staatlichen Ebenen für die ökonomische und technologische Durchmodernisierung gebündelt werden. Im Späth'schen Konzept einer »staatlichen Strukturpolitik an den Nahtstellen von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft« (Späth 1985, 104) zählt hierzu neben einer technologieorientierten staatlichen Wirtschafts- und Forschungsförderung etwa auch die Organisation eines insbesondere auf Klein- und Mittelbetriebe bezogenen Technologietransfers und der Versuch, die Fusion von Banken und Großbetrieben voranzutreiben. Die Planung und Entwicklung der neuen Technologien selbst obliegt dabei vornehmlich der Wirtschaft, aber auch dem Staat sowie den »kooperativen« Teilen der Wissenschaft. Sie vollzieht sich unter Ausschluß der Gewerkschaften und oppositionellen gesellschaftlichen Gruppierungen (vgl. Saage 1986, 47). Die Grenze staatlicher Einflußnahme ist jedoch auch eindeutig gezogen. Die Inhalte der von den neuen Technologien hergestellten Produkte, die Entscheidung über ihre gesellschaftliche Nützlichkeit bleibt dem Marktmechanismus überantwortet. Träger der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik ist hier in der auf Hightech-Förderung und Exportoffensiven gestützten Wirtschaftsphilosophie ein mythisch verklärter Unternehmertyp, der »Pionierwettbewerber« (vgl. SVR-Jahresgutachten 1984/85; kritisch Eißel 1986). »Denn welche Produkte zu produzieren, welche neuen Produktionsverfahren einzuführen sind, das können nur der Erfindergeist der Forscher und der Innovationswille der Unternehmer herausfinden, das kann nur der Markt entscheiden« (Gensch 1984, 8).

Während einem als autonom angesehenen technischen Fortschritt so ohne eine Politisierung der damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung der Weg bereitet werden soll, bleibt die Anpassung und Neuformierung gesellschaftlicher Beziehungen eine der wesentlichen politischen Gestaltungsaufgaben im neokonservativen Modernisierungskonzept. Über die seitherige Bonner Wendepolitik hinaus geht es hier einmal darum, den Staat vollends aus der Verantwortung für die Ergebnisse der Einkommensverteilung zu entlassen. Nur ein Ende der »Vollkaskopolitik« mit einer weitgehenden Übertragung der Aufgaben der sozialen Sicherung an die Privathaushalte kann die letztlich drohende »bevormundende Garantie der materiellen Sicherheit durch den allmächtigen Staat« verhindern helfen (Biedenkopf 1985, 385). Zum anderen soll eine umfassende Entregulierung des Arbeitsmarktes unternehmensgerecht flexibilisierte und sozial unterschiedlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse leichter möglich ma-

chen. Wird der Arbeitnehmer der Zukunft zwischen entlohnter und nicht-entlohnter, selbständiger und unselbständiger Arbeit häufiger wechseln und wird es hier zu ständig neuen Aufteilungen kommen, so dürfen ihm »Schutzgesetze« und »Schutzkoalitionen« dabei keine Fesseln anlegen. In der Flexibilisierung und »Reindividualisierung« der Arbeitsverhältnisse liegt vielmehr das »Versöhnungspotential« (Späth 1985, 218), das die menschliche Arbeitskraft in die Lage versetzt, sich einem (hier als sachgesetzlich und alternativlos verstandenen) technischen Fortschritt anzupassen. Die Konturen der angestrebten Arbeitsorganisation von morgen zeigen sich so bereits in der Schattenwirtschaft von heute (Biedenkopf 1985, 294). Insofern kann das »Beschäftigungsförderungsgesetz« von 1985 auch nur als ein »erster Schritt« in die richtige Richtung angesehen werden (Biedenkopf 1985, 305).

Verspricht so erst die Verknüpfung ungesteuerter privatwirtschaftlicher Modernisierung mit der Rücknahme tarifvertraglicher Errungenschaften und staatlicher Sozialtransfers die Überwindung der gesellschaftlichen »Anpassungskrise«, so kann das Ergebnis dieses politischen Konzepts allerdings kaum die angekündigte »Versöhnungsgesellschaft« (Späth 1985) sein. Entlang der neokonservativen Zukunftsperspektiven zeichnet sich vielmehr eine Vertiefung der mit der Krise angelegten Spaltungslinien zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, (noch) gesicherten Kernbelegschaften und in prekären Verhältnissen arbeitenden Menschen ab, die alle Lebensbereiche durchziehen muß.

Stellt der konservative Zukunftsentwurf mit der technologischen Modernisierung gleichzeitig »dezentralere Strukturen mit mehr Selbstverantwortung« und »erweiterten Zuständigkeiten« (Späth 1985, 207) gerade auch für die Arbeitsorganisation in Aussicht, so wird mit der breiteren Durchsetzung neuer Technologien für das Gros der Beschäftigten wohl keineswegs ein Ende von Dequalifizierung und Arbeitsteilung verbunden sein. Zwar werden die Möglichkeiten der räumlichen und zeitlichen Gestaltung des Arbeitsprozesses steigen, doch ist es der unternehmerischen Freiheit überlassen, inwieweit und in welcher Form Dezentralisierungspotentiale sowie auch vorhandene Spielräume für angereichertere und selbstverantwortlichere Arbeitsabläufe wahrgenommen werden. Wenn die fortschreitende mikroelektronische Reorganisation der Produktion bei einzelnen Beschäftigtengruppen zu »job-enrichment« und »-enlargement« führt (vgl. Kern/Schumann 1984), so ist deswegen noch nicht auf eine durchgängige Tendenz zu einer enthierarchisierten und an den Qualifikationen der Arbeitnehmer orientierten Arbeitsorganisation zu schließen (vgl. den Beitrag von D. Eißel in diesem Band). Mit flexibleren »Mensch-Maschinen-Kombinationen« in Verbindung mit der radikalen Individualisierung der Arbeitsverhältnisse ist vielmehr ein »Taylorismus auf höherer Stufe« (Hirsch 1985a, 328) möglich ge-

worden, der eine weitere Aufspaltung der Arbeitenden in relativ autonome und damit privilegierte Gruppen einerseits und dequalifizierte abhängige Massentarbeiter andererseits nach sich zieht. Weiter zu erwartende technologisch bedingte »Freisetzungen« (vgl. Memorandum '86, 102 ff) würden mit einem dauerhaften Überangebot billiger Arbeitskräfte gerade das Reservoir zur Besetzung unsicherer, hochgradig flexibilisierter und wohl auch nicht selten ausgelagerter Arbeitsplätze schaffen. Soziale Sicherheit wäre bei diesem politischen Konzept nach einer umfassenden Privatisierung der Daseinsvorsorge nur noch im »schrumpfenden produktivistischen Kern« der Gesellschaft erreichbar. Die wachsende Zahl Randständiger und Ausgegrenzter bliebe auf die Anhäufung mehrerer ungesicherter und schlecht entlohnter Tätigkeiten verwiesen und spätestens im Fall von Alter und Krankheit damit unzureichend versorgt. Um »Regierbarkeit« auch unabhängig von materiellen Gratifikationen sicherzustellen, drohte ihnen dafür ein umgebauter entsolidarisierter Sozialstaat mit einer Ausweitung seines Kontroll- und Sanktionsapparats. Neue Spaltungs- und Vereinzelungstendenzen würden ebenso in auseinanderfallenden Konsummustern und Lebensmöglichkeiten ihren Ausdruck finden. Neben banalisiertem Massenkonsum, der die Vielen noch im Konsumentenstatus hält, würde es sicherlich ausdifferenzierte Luxusgüterproduktion, edelsanierte Innenstadtbezirke und teure Naturreservate für Wenige geben. Die lückenlose Kommerzialisierung der freien Zeit durch Videos, Telespiele und pay-tv könnte durchaus etwa mit weiterhin vernachlässigten öffentlichen Versorgungseinrichtungen, unbefriedigenden Wohnverhältnissen und einer Verödung zwischenmenschlicher Beziehungen einhergehen (vgl. Hirsch 1985 b).

Das durch den neokonservativen Zukunftsentwurf gezeichnete Bild freier Individuen im »nachsozialdemokratischen Zeitalter« erweist sich so als eher trügerisch. Ergebnis der vorgeschlagenen Modernisierungsstrategien wäre nicht eine im Rahmen solidarischer sozialer Beziehungen zurückgewonnene Individualität, sondern eine nach ihren Möglichkeiten auf sinnvolles Leben und Arbeiten neu hierarchisierte Gesellschaft. In ihr würden sich mit der Verschärfung der sozialen Unterschiede auch die Erlebnisbereiche und Erfahrungen der Menschen voneinander abkoppeln und konservativer Politik damit eine wachsende soziale Basis verschaffen. Inwieweit sich die neokonservativen Zukunftsperspektiven letztlich verwirklichen werden, entscheidet sich auch an der Fähigkeit ihrer Gegner, das zugrundeliegende Fortschrittskonzept samt seiner gesellschaftlichen Auswirkungen zu politisieren. Hierbei wird es wesentlich darauf ankommen, ob Diskussions- und Handlungszusammenhänge zwischen den potentiellen Trägern eines oppositionellen Entwurfs existieren und ob mit nachvollziehbaren Praxisbeispielen für einen anderen Fortschrittsbegriff geworben werden kann. Gelingt aber im Rahmen der angelegten Spaltungspolitik etwa eine Zurückdrän-

gung der Gewerkschaften auf den Status von Branchenvertretungen gesicherter Beschäftigter, die geräuschlose Durchsetzung neuer Marginalisierungen und die Beschränkung alternativer Arbeits- und Lebensformen auf die ihnen zugewiesene Nischenposition, wäre das konservative Projekt ein erhebliches Stück vorangekommen.

2. Die Regionalisierung und Kommunalisierung des Konflikts

Zwar ist der Zentralstaat nach wie vor das entscheidende Konfliktfeld in der Auseinandersetzung um den neokonservativen Modernisierungstyp, doch haben die ökonomische Krise und die Politik der Bundesregierung im Umgang mit der Arbeitslosigkeit auch bisher schon zu einer Dezentralisierung der wirtschaftlichen und sozialen Folgeprobleme geführt. Die Auswirkungen des vorherrschenden Politikmodells werden gerade in den Regionen und Kommunen unübersehbar und transportieren damit auch die grundsätzliche Kontroverse um die Ausrichtung ökonomischer und technologischer Entwicklungsprozesse auf die unteren politischen Ebenen:

- Die unterschiedliche ökonomische Entwicklung der Teilräume des Bundesgebiets führt gegenwärtig zu einer neuen Hierarchisierung unter den Regionen (vgl. Gatzweiler, 1985). Während einzelne Standorte (etwa der Raum Stuttgart oder München) vornehmlich durch die Herstellerfirmen neuer Techniken noch Wachstumsvorteile erzielen können, bewirken Rationalisierungen und sektoraler Wandel Deindustrialisierungsprozesse insbesondere in den sogenannten altindustrialisierten Zonen (Häußermann/Siebel 1985). Diese Regionen sind damit neben den ländlichen Gebieten mit traditionell unterdurchschnittlichem Arbeitsplatzangebot überproportional von Massenarbeitslosigkeit betroffen. Von seiten der offiziellen Politikberatung ist dabei das Ziel eines bundesweiten Ausgleichs der Lebensbedingungen bereits weitgehend abgeschrieben worden. So verweist der Sachverständigenrat die Regionen mit »überholter« Wirtschaftsstruktur etwa auf ihr vergleichsweise »zu hohes Lohnniveau« und empfiehlt — pikanterweise unter dem hier neoliberal gewendeten Schlagwort einer »Regionalisierung der Regionalpolitik« — zwecks Abbau von Investitionshemmnissen die Vorteile deregulierter »freier Wirtschaftszonen« zu überprüfen (vgl. SVR-Jahresgutachten 1984/85, 200 f). Ein schärferer interregionaler Wettbewerb soll letztlich über die jeweiligen Entwicklungsperspektiven entscheiden und die dezentralen politischen Instanzen motivieren, dem Prinzip der privatwirtschaftlichen Wachstumsförderung wieder stärkere Bedeutung beizumessen. Regionale Politik orientiert sich hier nicht an politisch definierten

Entwicklungszielen, sondern besorgt als verlängerter Arm des Zentralstaats die Einpassung der Regionen in das unternehmerbezogene Modernisierungskonzept.

- Insbesondere die von hohen Arbeitslosenzahlen betroffenen Kommunen sehen sich gleich in mehrfacher Hinsicht durch die bundespolitische Problemverschiebung in Dienst genommen und belastet. Reichen die eigenen Haushaltsmittel sowie der Einsatz von traditionellen Verfahren der lokalen Förderung privater Unternehmen bei weitem nicht aus, die ökonomischen Einbrüche am Ort zu kompensieren, so wächst parallel dazu auf kommunaler Ebene der durch zentralstaatliche Zurückhaltung mitbedingte ökologische und soziale Investitionsbedarf (vgl. Tofaute 1985; Welsch 1985 a).

Gleichzeitig sorgt eine Demontage des übergeordneten sozialen Sicherungssystems in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit für ein sprunghaftes Ansteigen der kommunalen Sozialhilfearaufwendungen (vgl. Huster 1985)³.

So zum Opfer bundespolitischer Entwicklungen gemacht, haben zahlreiche Kommunen ihrerseits mit lokaler Rotstiftpolitik und einer Sonderbehandlung für Problemgruppen (wie bspw. der Einberufung von Sozialhilfeempfängern zur Pflichtarbeit nach BSHG, vgl. Münder/Birk 1985) den örtlichen Krisendruck verstärkt. Mit steigender Dauer der Arbeitslosigkeit wird die lokale Ebene damit zu dem Ort, an dem sich die gesellschaftliche Ausdifferenzierung und Entsolidarisierung vollzieht. Allerdings läßt die wachsende Kluft zwischen high-tech modernisierten Bereichen einerseits und ungelösten ökologischen Problemen und sozialer Verelendung andererseits hier auch besonders augenfällig werden, wie inhaltsleer das Ziel der technologischen Modernisierung im neokonservativen Konzept angelegt ist. Kommunale Auseinandersetzungen um den örtlichen ökologischen und sozialen Programmvorrat bieten damit noch am ehesten die Möglichkeit, ein Nachdenken über eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik zu provozieren.

- Ansätze für eine solche Politisierung der Kommunalpolitik sind in den letzten Jahren hinreichend zu verzeichnen. Frauen-, Ökologie- und Arbeitsloseninitiativen signalisieren, daß der lokale Raum zunehmend zum Experimentierfeld für gesellschaftliche Gruppen geworden ist, die weniger vereinzelnde und entfremdete Formen des Arbeitens oder (Über-) Lebens praktizieren wollen (vgl. hierzu die Beiträge von J. Sosna/G. Dey und H.-U. Klose / M. Müller). Mit selbstorganisierten Projekten im Bereich sozialer Dienste, alternativ-ökonomischen Betrieben und Stadtteilinitiativen sind neue Akteure aufgetreten, deren Forderungen nicht zuletzt an die Adresse der kommunalen Verwaltungen gerichtet sind. Für die Gewerkschaften hat die Einbeziehung dezentraler Hand-

lungsmöglichkeiten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auf dem Hintergrund zentralstaatlicher Wendepolitik konkretisieren sie ihre beschäftigungspolitischen Vorstellungen für die regional- und lokalpolitische Diskussion (vgl. die Beiträge von J. Welsch, B. Pollmeyer, H. Pfäfflin / G. Lobodda und G. Széll / W. Meemken). In der Beschäftigungskrise sind die Kommunen so nicht nur die unterste Instanz staatlicher Lastenverschiebung, sondern auch die politische Ebene, die unmittelbar mit den Interessen und Bedürfnissen der Betroffenen konfrontiert ist. Kommunale Politik gerät damit unter Erwartungsdruck, auch über die Grenzen des mit lokalen Mitteln Erreichbaren hinaus (vgl. den Beitrag von E. Einemann). Doch auch bei eingeschränkten örtlichen Handlungsressourcen steht die Frage offen, wie sich deren Einsatz zum zentralstaatlichen Spaltungskonzept verhält. Wird die Tendenz zur Entsolidarisierung durch die lokale Politik weiterhin verstärkt oder gelingt es mit kommunalen Interventionen, Qualifikationen zu vermitteln und zu erhalten, Existenzen zu sichern und Hilfestellung für neue Ansätze einer solidarischen Arbeits- und Lebensorganisation zu geben? Lokale Anti-krisenstrategien, die sich hierauf konzentrieren, könnten mit Hilfe des verstärkten kommunalen Engagements neuer und alter oppositioneller Bewegungen auch ein Stück »Gegenmacht« gegen das neokonservative Modernisierungskonzept mobilisieren (vgl. U. Bullmann / P. Gitschmann 1985).

3. Lokale Handlungsalternativen

Inwieweit kommunalpolitische Handlungsstrategien in der Praxis Spielräume gegen die Auswirkungen neokonservativer Krisenpolitik nutzen, ist noch keineswegs ausgemacht. So wie die Massenarbeitslosigkeit das traditionelle Instrumentarium der kommunalen Sozialpolitik überfordert, so wenig vermögen die herkömmlichen Mittel der lokalen Wirtschaftsförderung in einer Zeit, in der die Neuansiedlungen privater Betriebe in weiten Teilen des Bundesgebiets gegen Null tendieren. Die Entwicklung der finanziellen Handlungsbedingungen auf kommunaler Ebene stellt sich dabei sehr unterschiedlich dar (vgl. Karrenberg/Münstermann 1986). Führt der Krisendruck viele in den Problemregionen gelegene Kommunen an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit, so verbirgt sich hinter einem generellen Verfall der kommunalen Investitionsquote Anfang der 80er Jahre und der allgemeinen Hinwendung zu einer restriktiven Personalpolitik in zahlreichen Städten und Gemeinden auch eine Überkonsolidierung der Etats (vgl. Eißel 1984). Mit der Verlagerung der sozialen Kosten der Massenarbeitslosigkeit auf die lokale Ebene verstärken die Kommunen ebenfalls seit Beginn der

80er Jahre ihre arbeitsmarktpolitischen Initiativen. Das Aktivitätsniveau und die Art der städtischen Konzepte scheinen dabei aber keineswegs allein durch die jeweilige Haushaltslage bestimmt zu sein. Vergleichende Untersuchungen sehen die Art und den Umfang des lokalen Mitteleinsatzes hochgradig von der »Philosophie« der Handelnden beeinflusst und zeigen damit auf, wieviel kommunaler Gestaltungsraum sich auch unter widrigen Bedingungen noch eröffnen kann (vgl. Institut für soziale Arbeit 1985).

Allerdings lassen sich aus der kommunalen Praxis der letzten Jahre noch kaum Beispiele aufweisen, in denen das Ziel einer umfassenden Qualifikations- und Beschäftigungsförderung durchgängig in die politischen Vorgaben der Stadtentwicklung integriert und damit auch zur handlungsleitenden Maxime der kommunalen Einzelressorts erhoben worden wäre. Kennzeichnend scheint wohl eher zu sein, daß die eingefahrenen Untergliederungen der Kommunalverwaltung in Abteilungen für Wirtschaftsförderung einerseits und Ämter der Sozial- und Jugendpflege andererseits einer Koordination lokaler Beschäftigungsinitiativen und stadtpolitischer Teilziele weiterhin im Wege stehen. Wenn dabei ökonomisch und sozialpolitisch motivierte Handlungsansätze auch unter Krisenbedingungen nach wie vor auseinanderfallen, wird kommunale Politik unter ihren Gestaltungsmöglichkeiten bleiben müssen. Besonders deutlich wird dies dann, wenn sich kommunale Reaktionen auf ökonomischen und sozialen Krisendruck nach typischen (kapitalorientierten) Modernisierungs- und (arbeitskräftebezogenen) Nachsorgestrategien unterscheiden lassen. Dies läßt sich in einer »idealtypischen« (und damit notwendig vergrößernden und verkürzenden) Gegenüberstellung zweier gängiger kommunaler Strategien — am Beispiel der technologieorientierten Wirtschaftsförderung in Form der Technologieparks und am Beispiel des sogenannten Zweiten Arbeitsmarktes — verdeutlichen.

4. Technologieparks als Versuch kapitalorientierter kommunaler Wirtschaftsförderung

Die Durchmodernisierung der Wirtschaft entlang des auf Bundesebene verfolgten neokonservativen Entwicklungskonzepts verlangt nach ergänzenden Maßnahmen der Länder und Kommunen. Insbesondere mit einem Technologietransfer für mittlere und kleinere Unternehmen, der Beratung und Hilfestellung für technologieorientierte Gründer sowie der Bereitstellung von Risikokapital wird derzeit in verschiedenen Bundesländern an dem Aufbau einer dezentralen Dienstleistungsstruktur zur Innovationsförderung gearbeitet. Länder- und Gemeindeinitiativen folgen dabei zumeist dem Interventionsmuster neokonservativer Modernisierung auf zentral-

staatlicher Ebene. Werden Förderzentren und -programme in enger Abstimmung zwischen Landesregierung, Forschungsinstituten, Banken, Kammern und Kommunen eingerichtet, bleiben gewerkschaftliche Interessen in aller Regel außen vor (vgl. Bräunling/Peter 1986). Dies gilt insbesondere für die »Parkbewegung«, die Welle der inzwischen wohl über 60 fertiggestellten oder im Aufbau befindlichen Gründer- und Technologiezentren, mit denen im Zeichen des »Silicon-Valley-Fiebers« auch in der Bundesrepublik high-tech-orientierten Unternehmern zum Durchbruch am Markt und der jeweiligen Region zu neuen Wachstumsimpulsen verholfen werden soll. Unterscheiden sich die jeweiligen Zentrumskonzepte doch recht erheblich, so gehen sie allesamt von der Annahme einer ausreichenden Anzahl potentieller Gründer mit innovativen technischen Ideen aus, denen der Marktzugang aufgrund mangelnder unternehmerischer Erfahrung oder fehlender finanzieller Mittel noch verschlossen ist. Hier sollen die häufig in kommunaler Trägerschaft betriebenen Parks Starthilfe in Form von Räumen und Gemeinschaftseinrichtungen, Beratungstätigkeit und Finanzierungsvermittlung anbieten. Für die mögliche Dauer des Zentrumsaufenthalts gibt es dabei ebenso unterschiedliche Regelungen wie für die Belastung der Unternehmen mit Mieten und Umlagen. Die Investitionskosten für die geplanten oder bereits realisierten Objekte (in der Vergangenheit bis zu 18 Mio. DM, vgl. BMWI 1985) werden vornehmlich durch die Bundesländer, auch in Form einmaliger Zuschüsse finanziert. Laut Planung sollen die Betriebskosten zwar in der Mehrzahl der Fälle voll von den Unternehmen getragen werden, doch ist die laufende Praxis der Bezuschussung durch die Länder und Kommunen eher unübersichtlich⁴. Selbst Befürworter des Konzepts warnen daher vor Subventionswettläufen durch eine neue Bürgermeisterkonkurrenz, ähnlich wie bei den Industrieansiedlungen vergangener Zeiten (BMWI 1985).

Ist damit die Gefahr von dauerhaften Fehlsubventionierungen nicht von der Hand zu weisen, so bleibt schon die Grundannahme eines nahezu beliebig großen Reservoirs technologisch innovativer Produktideen wenig belegt. Bei auf jährlich 250 geschätzten technologieorientierten Unternehmensneugründungen im gesamten Bundesgebiet würden 50 bereits bestehende oder geplante Zentren, die durchschnittlich etwa 25 Unternehmen Platz bieten, alleine schon 1.250 Betriebsstätten vorhalten — genug für die nächsten 10 Jahre, vorausgesetzt jeder zweite innovative Neugründer beabsichtigte, sich zunächst in einem solchen Zentrum niederzulassen (vgl. U. Weber 1986). Wird die Verweildauer in den Parks nach dem Prinzip des »Durchlauferhitzers« zeitlich befristet, so müßte die Zahl der Unternehmensgründungen, die in absehbarer Zeit zu einer vollen Belegung führen würde, bereits erheblich höher sein. Bei einer anhaltenden Inflation an eingerichteten Gründerzentren sind daher entweder immense Leerstände un-

vermeidlich oder die Anforderungen an die »Innovationsfähigkeit« der Mieter werden gesenkt. Das Ergebnis von hochsubventionierten, aber zu Gewerbehöfen herabgezogenen Techno-Parks wären einerseits »Flops«, andererseits stärkere Mitnahmeeffekte bei ohnehin marktfähigen Unternehmen.

Auch was die anzunehmenden Beschäftigungswirkungen anbelangt, ist eher Skepsis angebracht. Dem Deutschen Industrie- und Handelstag etwa »erscheinen die Hoffnungen auf kurzfristige Arbeitsmarkteffekte durch die Einrichtung von Technologiezentren als überzogen« (DIHT 1985, 19). Er verweist dabei auf Erfahrungen der Technologieberatungsstelle Ruhr, nach denen in den letzten drei Jahren bei 20 von ihr betreuten technologieorientierten Unternehmensgründungen in den sechs Kammerbezirken Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Hagen und Münster lediglich 68 neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden seien. Kritiker sehen die sichersten Arbeitsplätze bei den Trägern der Zentren selbst; im Schreibdienst, in der Pförtnerloge, in der Verwaltung.

Auch aus einem traditionellen Verständnis lokaler Wirtschaftsförderung heraus scheint es damit für die Kommunen äußerst gefährlich zu sein, den Aspekt der technologischen Innovation auf den high-tech Bereich, also insbesondere auf die Mikro-Elektronik zu verkürzen und dabei zu übersehen, welche Entwicklungschancen in der Weiterentwicklung der Techniken des örtlichen Gewerbebestandes liegen könnten (so Olaf Sund 1986, 97). Ist eine »erfolgversprechende« Einrichtung von Technologieparks nur dort denkbar, wo sie auf bereits ansässige Hochtechnologieproduzenten und einschlägige Forschungsinstitute trifft, so dürfte sich hierdurch die Kluft zwischen prosperierenden Regionen und strukturschwachen Gebieten eher noch vergrößern (vgl. J. Welsch 1985b). Aber auch hier wäre der Versuch der Innovations- und Technologieförderung ausschließlich auf die Interessen des jeweiligen Unternehmensgründers zugeschnitten. Die Neu- und Weiterentwicklung produktiver Ressourcen bliebe blind gegenüber dem ökologischen Bedarf der Region und abgeschottet vom Innovationspotential und den Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer.

5. Der »Zweite Arbeitsmarkt« als Beispiel kommunaler Nachsorgepolitik bei Massenarbeitslosigkeit

Im Unterschied zu wirtschaftsfördernden Maßnahmen setzen die verschiedenen kommunalen Versuche, zeitlich befristete, sogenannte zweite (Ersatz-) Arbeitsmärkte zu organisieren, unmittelbar bei dem Problem der Dauerarbeitslosigkeit an. Für viele der inzwischen wohl rund 700.000 Erwerbspersonen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, scheint hier die einzi-

ge Möglichkeit der Aufnahme einer entlohnnten Beschäftigung zu liegen. Zum Kernbereich des »Zweiten Arbeitsmarktes« werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsangebote für Sozialhilfeempfänger (im Gegensatz zu der häufig als Pflichtarbeit verordneten gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeit gegen Mehraufwandsentschädigung) gerechnet. Sein Umfang wird für 1985 mit ca. 100.000 Personen beziffert (Reissert 1985). Da mit einer Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern zu sozialversicherungspflichtigen Bedingungen schon kurzfristige Einsparungen in den kommunalen Sozialhilfeeats erzielt werden können, dürfte sich dieser Sektor des »Zweiten Arbeitsmarktes« insbesondere auch nach den Förderprogrammen einzelner Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen oder Hessen noch weiter ausgeweitet haben. Die Zahl der in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Beschäftigten ist zwar nach einem zwischenzeitlichen Rückgang auf gegenwärtig knapp 90.000 angestiegen, erreicht damit aber immer noch nur einen kleinen Teil der »schwervermittelbaren« Arbeitslosen. Vorschläge zu einer Ausweitung der AB-Maßnahmen bis hin zum Arbeitsangebot an alle Arbeitslosen, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind, liegen vor, haben jedoch bundespolitisch bisher wenig Widerhall gefunden. Wird die Größenordnung eines solchen ABM-Ersatzarbeitsmarktes, der im weitestgehenden Konzept 3% aller Beschäftigten aufnehmen müßte, anteilmäßig bereits heute in einzelnen Arbeitsamtbezirken erreicht, so sind die vorgeschlagenen Programme offensichtlich auch durchaus finanzierbar. Modellberechnungen sehen den Kostenaufwand der zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im günstigsten Fall durch wegfallende Unterstützungsleistungen und zusätzliche Steuer- und Beitragseinnahmen nahezu refinanziert (Spitznagel 1985). Bewußt skeptisch gehaltene Annahmen beziffern den tatsächlichen Mehraufwand der öffentlichen Hand für ein Programm, das alle Langzeitarbeitslosen umfaßt, auf 9 Milliarden DM pro Jahr (ca. 13.200 DM je Teilnehmer) (Reissert/Scharpf/Schettkat 1986).

Die mit der Organisation von Beschäftigung im »Zweiten Arbeitsmarkt« verbundenen Probleme sind weithin diskutiert (vgl. z.B. Hanesch 1985). Sie liegen im wesentlichen darin, daß

- bei den Maßnahmeträgern häufig parallel Stellen abgebaut oder andererseits lediglich »zweitklassige« Arbeiten angeboten werden
- mit dem befristeten Arbeitsverhältnis noch nicht der Erhalt oder die Weiterentwicklung der Qualifikation der Beschäftigten verknüpft ist
- während der befristeten Beschäftigungsdauer häufig eine weitere Selektion durchgeführt wird. Den »noch Brauchbaren« winkt eines der raren Dauerarbeitsverhältnisse, während diejenigen, die unter Krisenbedingungen bereits nachhaltig dequalifiziert wurden, mitunter schon vorzeitig ausscheiden

— eine Perspektive nach Beendigung des befristeten Arbeitsverhältnisses insgesamt meist nicht geboten wird.

Inwieweit diese Probleme durchschlagen oder ob die Vorteile eines lokal organisierten »Zweiten Arbeitsmarktes« überwiegen, entscheidet sich wohl entlang der jeweiligen Tätigkeitsfelder und Organisationsformen, letztlich also mit dem dahinterstehenden stadtpolitischen Konzept. Die Chancen kommunaler Politik beginnen da, wo die traditionelle Praxis verlassen wird, lediglich einzelne Maßnahmen des Arbeitsförderungs- oder Bundessozialhilfegesetzes relativ unkoordiniert an den Betroffenen zu exekutieren. Für Ansätze einer sinnvollen lokalen Arbeitsmarktpolitik müßte es vielmehr darum gehen, die verbliebenen kommunalen Möglichkeiten zusammen mit den verfügbaren Mitteln aus Landes- und Bundesprogrammen so zu kombinieren, daß Vorhaben der Beschäftigungsförderung mit ökologischen und sozialen Stadtentwicklungszielen — wie etwa der »Stadtteilreparatur« oder einem Ausbau der sozialen Infrastruktur — verknüpft werden können (vgl. SPI 1986, 66 ff). Angesichts der steigenden Zahl der Dauerarbeitslosen sollten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und für Sozialhilfeempfänger eingerichtete Arbeitsverhältnisse hierbei auch als strategisches Instrument für Ausbildung und Weiterqualifizierung dienen (vgl. den Beitrag von H. Nauber in diesem Band). Gleichzeitig bleibt nach Wegen zu suchen, wie durch eine Verbindung mit Projektförderungen und Existenzgründungshilfen Anschlußperspektiven eröffnet werden können.

Untersuchungen, die zur kommunalen Arbeitsmarktpolitik vorliegen, weisen jedoch aus, daß diese Anforderungen bislang meistens nicht umgesetzt werden konnten. Wird das Problem der Massenarbeitslosigkeit langsam als strukturelle Komponente kommunaler Politik wahrgenommen, so ist eine zwischen den einzelnen Ämtern koordinierte Bearbeitung jedoch noch keineswegs erreicht (so DIFU 1985). Am Beispiel des nordrheinwestfälischen Landesprogramms »Arbeit statt Sozialhilfe« zeigte sich weiterhin, daß lokal offenbar kaum ausgearbeitete Konzepte für die Durchführung kommunaler Beschäftigungsprogramme vorlagen. Der Arbeitseinsatz von Sozialhilfeempfängern ergab sich so meist nicht aus der Überlegung, welche Qualifikationen für die Betroffenen lohnend zu erwerben und welche Arbeitsfelder sinnvoll zu besetzen wären, sondern eher pragmatisch aus den Interessen der sich anbietenden Träger (Institut für soziale Arbeit 1985). Darüber hinaus wurden kommunale Informationsdefizite festgestellt, sowohl was die Arbeitslosenpopulation wie auch was das arbeitsmarktpolitische know-how anbelangt.

Befristete Arbeitsverhältnisse für vormals Arbeitslose werden in einer Phase, in der nicht mehr alle Erwerbslosen in eine Dauerbeschäftigung kommen können, ambivalent bleiben. Sie stehen potentiell immer in Gefahr, zum Teil eines »Sonderarbeitsmarktes« — im schlimmsten Fall zur Vorstu-

fe irgendeiner Form verordneten Arbeitsdienstes — gemacht zu werden. Neue Ausgrenzungen und Stigmatisierungen werden wohl dann am ehesten zu verhindern sein, wenn den Betroffenen die Möglichkeit offensteht, sich in die Ausgestaltung des örtlichen »Zweiten Arbeitsmarktes« einzumischen. Erwähnenswert scheint hier deshalb der Versuch, in neu eingerichteten Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaften umfassende Mitbestimmungsregelungen einzuführen, die damit auch die Verfügungsmöglichkeiten der Gesellschafter, insbesondere der Städte, über die Beschäftigten einschränken (vgl. den Beitrag von G. Grandke in diesem Band).

6. Ansätze für eine integrierte lokale Beschäftigungspolitik

Dennoch wird auch ein sinnvoll organisierter »Zweiter Arbeitsmarkt« nur ein Teilstück umfassender lokaler Antikrisenstrategien sein können. Erforderlich ist es auch oder gerade unter begrenzten lokalen Handlungsspielräumen, wirtschaftsfördernde und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu einem integrierten Konzept lokaler Beschäftigungspolitik zu verknüpfen (vgl. den Beitrag von M. Cooley in diesem Band). Dabei muß die Trennung überwunden werden, daß regionale Modernisierungspolitik in aller Regel nur über rein kapitalfördernde Ansätze betrieben wird und der Faktor Arbeitskraft lediglich unter der Bedingung bereits eingetretener Arbeitslosigkeit Gegenstand von Nachsorge- und Nothilfemaßnahmen ist.

Ein umfassendes Konzept, das alle örtlichen Ressourcen für den sozialen und ökologischen Bedarf mobilisieren will, müßte vielmehr

- das Analyse- und Prognoseinstrumentarium zur Untersuchung von Arbeitsmarkt- und Branchenstrukturen verbessern und die jeweiligen Entwicklungen mit lokalen Arbeitsmarktforen durchschaubar und diskutierbar machen
- den lokalen Programmvorrat und Investitionsbedarf auflisten und seine etappenweise Umsetzung planen (insbesondere in den Bereichen sozialer Dienstleistungen, baulicher Infrastruktur, Abfallwirtschaft, Verkehrsberuhigung, des Umweltschutzes und der Energieversorgung)
- Technikentwicklung und technologische Innovationen in der Region nicht nur unternehmerischem Kalkül überlassen, sondern hier den »Entwicklungsfaktor Arbeit«, also die Phantasie und Kreativität der Arbeitnehmer nutzbar machen (Unterstützung und Zusammenarbeit mit betrieblichen Arbeitskreisen, die sich um die Entwicklung neuer Produkte bzw. humaner und ökologischer Fertigungsverfahren bemühen; Einrichtung von Erfinderkontaktstellen und Werkstätten für Prototypenfertigung; Organisation von Technologie- und Wissenstransfer unter Einschluß der örtlichen Hochschulen)

- ein Förderungsinstrumentarium entwickeln, das auch die Unterstützung und Beratung von Belegschaften, Genossenschaften, selbstverwalteten Betrieben und von Projekten miteinbezieht, die aus befristeten Arbeitsverhältnissen hervorgegangen sind (Erstellen von Marktstudien, Finanzierung von Wagniskapital für sinnvolle Existenzgründungen, Betriebsberatungen).

Anstelle nur auf die Problemdezentralisierung von oben zu reagieren, würde sich Stadtpolitik so in eine Anreger- und Koordinatorenrolle begeben, die die Initiativen der lokalen Akteure (öffentliche und private Unternehmen, Belegschaften und alternative Projekte, etc.) entwickeln hilft und so den eigenen Handlungsspielraum erweitert. Darüber hinaus müßten die eigenen städtischen Ressourcen zu einer offensiven Personal-, Investitions- und Beschaffungspolitik genutzt werden, die sich die Förderung von Qualifikation und Beschäftigung zum obersten Ziel nimmt. Hierauf wären in einem solchen integrierten Ansatz ebenfalls die Unternehmen unter städtischem Einfluß (Sparkassen, städtische Versorgungsbetriebe, Wohnungsbaugesellschaften, etc.) zu verpflichten. Gleichzeitig müßte es gelingen, Verwaltungsstrukturen zu schaffen, in denen Fragen der lokalen Beschäftigungspolitik nicht länger aufgesplittet behandelt werden (vgl. den Beitrag von J. Bourgett / H. Brülle in diesem Band).

Alternativen zum neokonservativen Entwurf einer kapitalrationalen Modernisierung lassen sich sicherlich nur durch Strategien umsetzen, die die Handlungsspielräume aller politischen Ebenen aktivieren. Qualitative Ziele ökonomischer und technologischer Entwicklung wie der Aufbau sanfter Energieversorgungsstrukturen, der Einstieg in eine neue Abfallwirtschaftspolitik oder die Umrüstung bestehender Kapazitäten auf eine ökologisch und sozial sinnvolle Produktion sind jedoch ohne den »Unterbau« lokaler Mobilisierung und das Ausschöpfen der spezifischen kommunalen Potentiale nicht zu realisieren. Die Chance lokaler Beschäftigungsinitiativen besteht so einerseits darin, gegen das neokonservative Spaltungskonzept praktische Beispiele »neuer Solidarität« zu setzen. Entlang der regionalen Bedarfssituation kann jedoch auch ein Beitrag dazu geleistet werden, den Begriff des »technischen Fortschritts« zu rekonstruieren.

Anmerkungen

- 1 vgl. zum Begriff neokonservativer Modernisierung vgl. Väh 1984
- 2 Der Deutsche Städtetag schätzt die Lücke zwischen jahresdurchschnittlichem Bedarf und tatsächlichen kommunalen Investitionen auf ca. 16,5 Mrd DM, vgl. Karrenberg/Münstermann 1985
- 3 Im Gemeindefinanzbericht werden die Sozialhilfelasten, die alleine auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind, mit jährlich mindestens 2 Mrd DM beziffert (Karrenberg/Münstermann 1986); in einzelnen Städten sind die Hilfeleistungen für Arbeitslose in der ersten Hälfte der 80er Jahre explosionsartig gestiegen, so etwa in Oberhausen von 1,64 Mill. DM (1981) auf 10,43 Mill DM (Jan.-Nov. 1985) oder in Dortmund von 6,91 Mill DM (1981) auf 25,65 Mill DM (1984) (Karrenberg/Münstermann 1986)
- 4 vgl. zu den jährlich anfallenden ungedeckten Kosten eines Gründer- und Technologiezentrums die Berechnungen bei J. Eisbach 1985

Literatur

- Biedenkopf, K.-H. 1985: Die neue Sicht der Dinge, München
- BMWI 1985: Technologieparks in der Bundesrepublik Deutschland, Ms., Bonn
- Bräunling, G./Peter, G. 1986: Am Technologiewettlauf können sich nur noch die Großen beteiligen (II.), in: FR 21.7.1986
- Bullmann, U./Gitschmann, P. 1985: Kommune als Gegenmacht. Überlegungen zu einer notwendigen Diskussion, in: dies. (Hrsg.) Kommune als Gegenmacht, Hamburg 1985
- DIFU 1985: Lokale Arbeitsmarktp Probleme — Fallstudien in vier Städten, DIFU-Materialien 3/85, bearb. v. Kunert-Schroth, H. und Rauch, N., Berlin
- DIHT 1985: Technologieparks, bearb. v. Hahne, U., Bonn
- Eisbach, J. 1985: Gründer- und Technologiezentren — Sackgassen kommunaler Wirtschaftsförderung (PIW-Studien Nr. 1) Bremen
- Eißel, D. 1984: Kommunale Haushaltspolitik in den 80er Jahren: Überkonsolidierung statt Beschäftigungsimpulse, in: WSI-Mitteilungen 12/1984
- Eißel, D. 1986: Regionale Technologie- und Innovationspolitik, in: Brandt, A. u.a. (Hrsg.) Wende gegen Bonn, Hamburg
- Esser, J./Hirsch, J. 1984: Der CDU-Staat: Ein politisches Regulierungsmodell für den »nachfordistischen« Kapitalismus, in: Prokla 56
- Gatzweiler, H.-P. 1985: Die Entwicklung in den Regionen des Bundesgebietes, in: Friedrichs, J. (Hrsg.) Die Städte in den 80er Jahren, Opladen
- Genscher, H.-D. 1984: Die technologische Herausforderung, in: »Außenpolitik« H. 1/84
- Genscher, H.-D. 1985: Der politische Liberalismus rückt wieder in das Zentrum, in FR 4.5.85
- Häußermann, H./Siebel, W. 1985: Neue Technologien — eine Herausforderung für die Kommunen, Ms. (vorgelegt in einer Sitzung des Arbeitskreises Lokale Politikforschung beim Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Bochum)
- Hanesch, W. 1985: »Hilfe zur Arbeit« statt Beschäftigungspolitik?, in: WSI-Mitteilungen H. 7/1985
- Hirsch, J. 1985a: Auf dem Wege zum Postfordismus?, in: Das Argument 151

- Hirsch, J. 1985b: Spaltung oder neue Solidaritäten, in: Opielka, M. (Hrsg.) Die öko-soziale Frage, Frankfurt/M.
- Huster, E.-U. 1985: Politik gegen die Armut oder Politik gegen die Armen?, in: U. Bullmann/P. Gitschmann (Hrsg.) Kommune als Gegenmacht, Hamburg
- Institut für soziale Arbeit 1985: Evaluationsstudie zum Landesprogramm »Arbeit statt Sozialhilfe« NRW, erstellt vom Institut für soziale Arbeit e.V. Münster, bearb. v. Münder, J./Hofmann, H.-J./Wahlig, M.
- Kern, H./Schumann, M. 1984: Das Ende der Arbeitsteilung?, München
- Karrenberg, H./Münstermann, E. 1985: Gemeindefinanzbericht 1985, in: der Städtetag H. 2/1985
- Karrenberg, H./Münstermann, E. 1986: Gemeindefinanzbericht 1986, in: der Städtetag H. 2/1986
- Klauder, W. u.a. 1985: Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung H. 1/1985
- Memorandum '86: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hg) Für eine beschäftigungspolitische Offensive: Sofortmaßnahmen für zwei Millionen Arbeitsplätze, Köln
- Münder, J./Birk, U.-A. 1985: Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit (2. Aufl.), Neuwied
- Reissert, B. 1985: »Zweiter Arbeitsmarkt« — Begriff, Umfang, Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven, in: Loccumer Protokolle 15/85
- Reissert, B./Scharp F./Schettkat, R. 1986: Eine Strategie zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte H. 23/86
- Saage, R. 1985: Staat, Technik und Gesellschaft im Neokonservatismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte H. 9/1985
- Saage, R. 1986: Zur Aktualität des Begriffs »Technischer Staat«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte H. 1/1986
- Schäfer, C. 1986: Auch bei Wachstum bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 eine politische Aufgabe, in: WSI-Mitteilungen H. 3/1986
- Späth, L. 1985: Wende in die Zukunft, Reinbek
- SPI 1986: Soziale Arbeit und Arbeitsmarkt, hrsg. vom Sozialpädagogischen Institut Berlin Walter May, Berlin
- Spitznagel, E. 1985: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Entlastungswirkungen und Kostenvergleiche, in: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung H. 1/1985
- Sund, O. 1985: Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik — die Funktion der Kommunen bei der Bewältigung des ökonomischen Strukturwandels, in: Hesse, J.J. (Hrsg.) Erneuerung der Politik »von unten«?, Opladen
- SVR-Jahresgutachten 1984/85: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1984/85 »Chancen für einen langen Aufschwung«
- Tofaute, H. 1985: Öffentlich Investitionsdefizite auf regionaler und kommunaler Ebene, in: WSI-Mitteilungen H. 1/1985
- Väth, W. 1984: Konservative Modernisierungspolitik — ein Widerspruch in sich?, in: Prokla 56
- Weber, U. 1986: Gründer- und Technologiezentren in der kommunalen Wirtschaftsförderung, in: Gründer- und Technologiezentren: Bewertung und alternative Konzepte, hrsg. v. der Technologieberatungsstelle beim DGB Landesbezirk NRW, Oberhausen
- Welsch, J. 1985a: Umweltschutz und regionale Beschäftigungspolitik, in: WSI-Mitteilungen H. 12/1985
- Welsch, J. 1985b: Durch »Technologieparks« zu mehr Arbeitsplätzen? in: WSI-Mitteilungen H. 1/1985

Lokale Beschäftigungs Initiativen

Konzepte · Praxis · Probleme

Herausgegeben von
Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Lokale Beschäftigungsinitiativen: Konzepte,
Praxis und Probleme/Udo Bullmann**
... (Hrsg.). (Verf. Jörg Bourgett ...). —
Marburg: SP-Verlag Schüren, 1986
ISBN 3-924800-36-7

NE: Bullmann, Udo:

SP-Verlag Norbert Schüren GmbH
Deutschhausstraße 31, 3500 Marburg
1. Auflage, Marburg 1986
Copyright © bei SP-Verlag, Marburg 1986
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Roswitha Oswald u. Reinhard Stang, NPP, Neustadt
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda
Printed in Germany
ISBN 3-924800-36-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
 I. Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik	
<i>Udo Bullmann</i> Neokonservative Modernisierung und lokale Alternativen	10
<i>Johann Welsch</i> Gewerkschaftliche Programme und dezentrale Alternativen in der Beschäftigungs- und Technologiepolitik	27
<i>Mike Cooley</i> Politik für mehr Beschäftigung und Lebensqualität. Der strategische Gesamtansatz in London	47
 II. Lokale Beschäftigungsinitiativen	
<i>Bernhard Pollmeyer</i> Gewerkschaftliche Konzeptionen für eine aktive Beschäftigungspolitik am Beispiel Dortmund	74
<i>Gerd Lobodda / Heinz Pfäfflin</i> Gewerkschaftliche Regionalpolitik im Raum Nürnberg	92
<i>György Széll / Wilhelm Meemken</i> Arbeit und Wissenschaft e.V. - Arbeitnehmerorientierte Regionalförderung in Osnabrück	106
<i>Jörg Bourgett / Heiner Brülle</i> Auf dem Weg zu einer punktgesteuerten kommunalen Beschäftigungspolitik. Das Beispiel Wiesbaden	117
<i>Gerhard Grandke</i> Beschäftigungspolitische Initiativen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betroffenen in Offenbach	138
<i>Hans Nauber</i> Arbeitsbeschaffungsprogramme und Qualifizierungsprojekte am Beispiel Hamburg	150
<i>Jürgen Sosna / Günther Dey</i> Netzwerk - Selbsthilfe. Fünf Jahre praktische Alternativen in Bremen	169

III. Umstellung von Technologien und Produkten

Edgar Einemann

Lokale Energieversorgung als politischer Prozeß:

Die Bremer Kontroverse 182

Matthias Kollatz / Joachim Wuttke

Neue Wege in der Abfallwirtschaft 195

Peter Wilke

Alternativen zur Rüstungsproduktion:

Betriebliche und regionale Ansätze 207

IV. Dezentrale Politik:

Begründungen und Begrenzungen

Dieter Eißel

Antithesen zum bürokratischen Kapitalismus 224

Hans-Ulrich Klose / Michael Müller

Selbstbestimmt arbeiten — freier leben.

Die Wiedergeburt der Genossenschaftsidee als
alternativ-ökonomischer Ansatz 243

Edgar Einemann

Anmerkungen zur begrenzten Reichweite
lokaler Alternativen

258

Die Autoren

263

Vorwort der Herausgeber

Die Situation in den westlichen Industrienationen ist seit mehr als 10 Jahren durch eine anhaltende Beschäftigungskrise gekennzeichnet. Die auf der zentralstaatlichen Ebene dominierende konservative Austeritäts- und Modernisierungspolitik trägt zur Verschärfung der Lage der Arbeitslosen, der Sozialleistungsempfänger und der unteren Einkommensgruppen der abhängig Beschäftigten bei. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Konsequenzen der Krise werden dort besonders deutlich, wo die Lebenswelt der Hauptopfer ist; die Probleme sind keine der Statistik und der Wettermeldungen aus der Bundesanstalt für Arbeit (»jahreszeitlich bedingter Anstieg der Arbeitslosigkeit«), sondern solche der konkreten Existenzbedingungen und sozialen Beziehungen in den untersten politischen Einheiten, in den Kommunen. Die Zuspitzung der Schwierigkeiten in vielen Städten und Gemeinden provoziert eine Situation, in der einem wachsenden kommunalen Handlungsbedarf eine abnehmende dezentrale Handlungsfähigkeit gegenübersteht und eine neue Diskussion darüber erforderlich ist, wie die verbleibenden politischen Spielräume optimal genutzt werden können.

Bei unterschiedlichen Ausgangsbedingungen im Detail ist die bundesrepublikanische Debatte um lokale Alternativen zum herrschenden Trend dabei stark beeinflusst durch das Beispiel britischer Städte, insbesondere der Stadtregierung von Groß-London und ihrer Auseinandersetzung mit dem Thatcher-Kurs. Gewerkschaften und alternative Gruppierungen, Sozialdemokraten und Grüne haben in den letzten Jahren ihre Bemühungen verstärkt, auch hierzulande die Chancen kommunalpolitischer Strategien zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation auszuloten und erste Schritte gegen die zentralstaatliche Spaltungs- und Ausgrenzungspolitik einzuleiten. Politische Erfahrungen mit unzureichenden Modernisierungs- und Abfederungsstrategien und der Druck sozialer Bewegungen bilden mittlerweile den Rahmen für eine Vielzahl von neuen stadtpolitischen und betriebsbezogenen Ansätzen (vgl. Kapitel I: Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik).

Mit diesem Buch wollen wir einen Ausschnitt nicht nur der Diskussion, sondern auch erste Praxiserfahrungen aus unterschiedlichen Städten vorstellen. In einem zweiten Block kommen daher Ansätze zu Wort, die sich explizit als lokale Antworten auf die Massenarbeitslosigkeit verstehen (vgl. Kapitel II: Lokale Beschäftigungsinitiativen). Hier geht es sowohl um die Veränderung gewerkschaftlicher und staatlicher Strukturen (der Aufbau von

Know-How und von entsprechenden Verwaltungsstrukturen ist die Voraussetzung für sinnvolle Interventionen) als auch um Maßnahmen zur Schaffung von Beschäftigung und zur Qualifizierung von Erwerbslosen. Bei allen diesen Experimenten spielen qualitative gesellschaftliche Entwicklungsziele eine große Rolle: welche sozial und ökologisch sinnvollen Arbeiten sollen ausgeweitet, welche Felder der kommunalen Ver- und Entsorgung in Angriff genommen werden?

Ein dritter Block von Beiträgen lenkt den Blick auf eine Reihe von Feldern der dezentralen Reformpolitik, auf denen eine Mobilisierung von Betroffenen und kommunalen Ressourcen zur Verbesserung der Lebensqualität möglich ist; hier gehen Zukunftsvorstellungen in die konkrete Gestaltung von Technologien und Produkten ein, die einen anderen Fortschrittsbegriff andeuten: z.B. sanfte Energiepolitik statt Atomkraft, ökologische Abfallwirtschaft statt Müll- und Giftproduktion und sinnvolle Produkte statt Herstellung von Rüstungsgütern (vgl. Kapitel III: Umstellungen von Technologien und Produkten).

Der Band schließt mit Aufsätzen, die die Möglichkeiten dezentraler Politik noch einmal auf dem Hintergrund aktueller technologischer und ökonomischer Veränderungen aufgreifen und die Verbindung von zentralen und kommunalen Handlungsstrategien für die Perspektiven einer sozialistischen Reformpolitik thematisieren. Neben den Gestaltungsmöglichkeiten und dem exemplarischen Gehalt kommunaler Politik wird hier auch deren begrenzte Reichweite deutlich (vgl. Kapitel IV: Dezentrale Politik: Begründungen und Begrenzungen). Jeder lokale Anstoß für eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik, jedes gelungene kommunale Experiment muß sich notwendig an konservativen Vorgaben und Durchgriffen von übergeordneten Ebenen brechen. Linke Ansätze »von unten« verlangen damit dringend nach der Ergänzung durch eine soziale, demokratische und ökologische Politik auf nationalstaatlicher Ebene — sie können jedoch auch gerade ein Stück der Mobilisierung hierfür sein.

Bremen, im September 1986

Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann